

KPÖ (O) - Extraausgabe Arbeiter-Stimme Juli 1927 - Verfahren Josef Frey, 1927-1928

2 Seiten, Faksimile

---

KPÖ (O) - Extraausgabe Arbeiter-Stimme Juli 1927 - Verfahren Josef Frey

	Datum	Seiten
Ladung des Beschuldigten Josef Frey	7.10.1927	2
Einstellung des Verfahrens gegen Josef Frey	8.3.1928	1
Presseartikel zur Beschlagnahmung der Sonderausgabe der <i>Arbeiter-Stimme</i> (Zeitung und Datum sind uns nicht bekannt)	o.D.	1
		<b>4</b>

Nicht-machenden

Gern

Hr. Josef Frey

24

Vox 4466/27



Gedruckten Nr 236

**Portofreie Dienstsache.**

Sabl

## Ladung des Beschuldigten

in der Strafssache

gegen

wegen

*Meinigen*  
*§ 65 Me § 9, 68*

Sie werden zur Vernehmung über eine gegen Sie  
für den *4. 8. 27* mittag *12 12* Uhr,  
Zimmer Nr. *234*, III Stock, VIII. Landesgerichtsstraße

Wenn Sie ausbleiben, werden Sie vorgeführt werden

Den Gegenstand Ihrer Vernehmung bildet

*Vordruckausgabe*  
*Belieferung*

LANDESGERICHT IN STRAFSACHEN WIEN, I.

am

*30/9. 21*

Dr. Franz Vassil  
Criminal- und Strafrecht  
der Kaiserlichen

## Verständigung.

An  Herrn Dr. Josef Frey,  
in  Nr. 1, Schenbrunnerstr. 236

Die gegen Sie wegen  § 9, 68 StG

eingeleitete Voruntersuchung wurde wegen Rücktritt des Anklägers von der strafgerichtlichen Verfolgung  
eingestellt.

Landes Gericht  Wien H. L. T. Abtheilung XXVII

am  8/III. 28



*Handwritten signature*

## Der rasende Notstift.

Zeit dem 15. Juli ist der Herr Pressestaatsanwalt ein vielgeplagter Mann. Er muß konfiszieren und beschlagnehmen, verfolgen, unter Anklage stellen, was Zeug hat. Den Reigen der Konfiskationen eröffnete bekanntlich die Beschlagnahme des „Abend“ am Montag vorige Woche. Die „Rote Fahne“ konnte Tage hindurch nicht erscheinen.

Jetzt ist auch die „Arbeiter-Stimme“, das Blatt der unter Führung des Dr. Josef Freh aus der kommunistischen Partei ausgetretenen Gruppe dem Notstift des Pressestaatsanwalts verfallen. Offenbar, um das Gleichgewicht herzustellen. Man greift sich an den Kopf, wenn man hört, was da beschlagnahmt wurde. Der Vorstand der Freh-Gruppe der Kommunisten hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die sich zum größten Teile mit den Forderungen decken, die der sozialdemokratische Parteivorstand erhoben hat.

Der Teil des Aufrufes, in dem die Forderungen enthalten sind, wurde beschlagnahmt. Wir können es nicht verstehen, warum es zum Beispiel verboten sein soll, die Freilassung der bei den Demonstrationen Verhafteten und die Einstellung der damit in Zusammenhang stehenden Strafverfahren zu verlangen, oder warum man nicht fordern darf, daß der Staat die dauernde Versorgung der Hinterbliebenen der Getöteten und der Verkrüppelten übernehme.

Und daß ein linksgerichtetes Blatt für die Kommunalisierung der Polizei und die Entfernung aller Gegenrevolutionäre aus dem öffentlichen Dienst, für die Entwaffnung und Aufhebung aller fascistischen Verbände und für den Ausbau des Schutzbundes ist, dürfte selbst dem Herrn Pressestaatsanwalt und seinen Auftraggebern keine Ueberraschung sein.

Das gleiche Schicksal wie die „Arbeiter-Stimme“ hatte auch eine Sonderausgabe dieses Blattes, die sofort nach ihrem Erscheinen dem Staatsanwalt verfiel.

Presseartikel zur Beschlagnahmung der Sonderausgabe der *Arbeiter-Stimme*  
Zeitung und Datum sind uns nicht bekannt